



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1902

391 (24.8.1902) Sonntags-Ausgabe 1. Blatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-98132](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-98132)

General-Anzeiger



Abonnement:
Tägliche Ausgabe:
70 Pfennig monatlich,
Einschließung 20 Bg. monatlich,
durch die Post des. incl. Post-
zuschlag W. 3.42 pro Quartal.
Einschl. Nummer 6 Bg.
Nur Sonntags-Ausgabe:
20 Pfennig monatlich,
insb. Haus od. durch die Post 25 Bg.
Inserate:
Die Colonatzeile . . . 50 Bg.
Wöchentliche Inserate . . . 25
Die Reklamazeile . . . 60

(Babische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2.

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2.

Schluß der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendsblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegraphen-Adresse:
„Journal Mannheim“.
In der Postliste eingetragen
unter Nr. 2892.

Telephon: Direktion und
Druckerei: Nr. 841
Redaktion: Nr. 877
Expedition: Nr. 218
Zentrale: Nr. 815

Nr. 391.

Sonntag, 24. August 1902.

(1. Blatt.)

Die heutige Sonntagsausgabe umfaßt im Ganzen
16 Seiten.

Chronik der Woche.

Sonntag, 17. Aug. Die Buren generale von Eduard VII. in Colaco empfangen.
Montag, 18. Aug. Prof. Leopold Schenk gestorben.
Dienstag, 19. Aug. Enthüllung des ersten Denkmals der Kaiserin Friedrich in Hamburg v. d. D. — Der Ausstand der Droschkenfahrer in Hamburg beendet. — Die Buren-Generale in Holland.
Mittwoch, 20. Aug. Enthüllung des Denkmals Kaiser Friedrichs in Cronberg.
Donnerstag, 21. Aug. Feier der hundertjährigen Zugehörigkeit Ostpreußens zu Preußen. — General Potth in Brüssel. — Franz Siggel.
Freitag, 22. Aug. Viceadmiral Büchel zum Chef des Admiralstabes der Marine ernannt.

Sonntag, 17. Aug. Der Verbandstag jüdischer Schuhmachermeister, verbunden mit einer Jachtausstellung, findet hier statt. — In Gengenbach tagte die Landesversammlung des Landesverbandes der jüdischen Gewerbevereine.
Montag, 18. Aug. Im Verbandsbushof fand ein äußerst zahlreich besuchter Kongress des Reichsverbandes statt.
Dienstag, 19. Aug. In Walsch wurde der Sohn Johann des Zimmermanns Jüngling während eines Familienreises von seinem Bruder erschossen.
Mittwoch, 20. Aug. In der Vorstadt Neudorf erschoss sich der 19 Jahre alte Landwirt Weich in der Scheuer seiner Eltern.
Donnerstag, 21. Aug. Der D-Jug-Dieb Henry Gools aus Brüssel wurde von der Strafkammer zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Eine Heerschau der Centrumspartei

Man hat nicht mit Unrecht die Generalversammlung der deutschen Katholiken genannt, die morgen zum neunundvierzigsten Male, und zwar in unserer Stadt Mannheim, zusammentritt. Was die, in die politische Arena hineingeführte ecclesiastische militärische organisatorische Kraft und Disziplin zu leisten vermag, das wird zu jeder Tagung aufs neue bewiesen, wenn auch hin und wieder ein blinder Eifer herbeizurufen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß dieser Erfolg auch in Mannheim ausgiebig erreicht werden wird. Auf einem anderen Blatt steht die Frage, was für die innere Kräftigung der Kirche, wie der im Dienste der Kirche arbeitenden politischen Partei, was weiter für die Entwicklung des allgemeinen, deutschen Vater-

landes mit diesen einflussreichen, aber vorübergehenden Kundgebungen gewonnen wird. Wirtschaftliche Fragen geben dem öffentlichen Leben der Gegenwart sein besonderes Gepräge; wirtschaftliche Sorgen bedrücken den Einzelnen, wirtschaftliche Interessengegensätze wirken lähmend und zersetzend auf die Politik des Reiches. Und auf dem breiten Nährboden von wirtschaftlichem Mißmut und Unbehagen schlägt die Saat üppig ins Kraut, die mißgünstiger Mafsch und byzantinischer Ueberleber — diese unvermeidlichen Begleiter eines stark persönlich gefärbten Regiments — tagtäglich unter die breiten Massen streuen.

Ob das eine Zeit ist, um diese innerlich erregten und von widersprechenden Einflüssen beherrschten Massen mit dem Glanz tausender Demonstrationen zu blenden, ist eine Frage, die wir in diesem Falle glücklicherweise nicht zu entscheiden haben. Sicher scheint uns nur das zu sein, daß solche Demonstrationen zur Lösung innerer Schwierigkeiten wenig oder gar nichts beitragen. Vom wirtschaftlichen Problem der Reichspolitik, vom Zolltarif, wird hier in Mannheim wohl noch weniger die Rede sein, als es vor einem Jahr in Danabrid der Fall war. Beseitigt wird der schneidende Gegensatz, der, wie durch das ganze deutsche Volk, mitten durch die Centrumspartei geht, natürlich nicht. Und daß, wenn der Mafsch der Feste verfliegen ist und klare Alltagsstimmung an seine Stelle tritt, daß dann eine sozialdemokratische Gegenagitation mit Hochdruck einsetzt, darauf kann man erfahrungsgemäß rechnen. Andererseits wird der Katholikentag vermuthlich aus so entgegengesetzten Kundgebungen des Kaisers, wie der Nachener Rede und dem Evinemündler Telegramm, je nach Bedarf Kapital zu schlagen versuchen. Daß uns das die Ueberwindung des andern großen Problems der Reichspolitik, das verfassungsmäßige — wenn man so sagen darf — nicht erleichtern wird, liegt auf der Hand. Man braucht also, so meinen wir, die innere Bedeutung des Katholikentages vom nicht-katholischen Standpunkte aus nicht zu überschätzen. Andersgläubigen wird diese Auffassung vielleicht den Gedanken minder unbehaglich machen, daß der Prachtbau, den die Stadt zur Ausübung ihres Gastrechts errichtet hat, zuerst der Herrschaft des Centrums zu Gute kommt. Die Veranstalter der großen Demonstration aber wollen bedenken, daß, wer Massen in Bewegung setzt, auch die Verantwortung übernimmt, Massen im Zaum zu halten. Es sollte uns freuen, wenn die nachdrückliche Verwarnung, die wir zu Gunsten des freien Gastrechts der Stadt Mannheim eingelegt haben, durch den Verlauf der Tagung gerechtfertigt wird. Es sollte uns noch mehr freuen, wenn die Befürchtungen der stärksten Bestimmen im antiliberalen Lager dadurch ebenso gründlich widerlegt würden. Möchten die Teilnehmer an der Veranstaltung sich unsere Festhalte recht genau betrachten. Ein Bau, um den uns andere Städte beneiden werden, aber — noch unfertig. Solch ein Bau ist, unter den großen Staaten der Welt, das Deutsche Reich. Stattlich nach außen, für die Jahrhunderte gegründet. Im großen Ganzen auch fertig, in manchen Einzelheiten aber noch sehr der Vervollendung entbehrend. In einer solchen Befassung ist es nicht möglich, wenn die Instanzen mit einander haben und wider einander eifern. Die Hauptfrage ist, das Ganze zu fördern, da-

mit es nicht durch die Ungunst der Zeiten unvollendet bleibe, wie es der Kölner Dom ein halbes Jahrtausend lang blieb. Auch im stolzen Bau des Deutschen Reiches ist das widerstehe Ausbauen, das wohnliche Ausgestalten auf Jahrzehnte hinaus noch wichtiger als das Haben um die besten Blöße, soll nicht das Ausland mehr Freude an dieser Entwicklung haben als wir.

sh. Zu der morgen hier beginnenden 49. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands sind bereits die bekannten Mitglieder des Centrums, so die Abg. Dr. Wachen-Holz, Dr. Bartsch-Breslau, Groeber-Heilbronn, Dabach-Trier, Koerem-Köln, Lahensh-Köln, Dr. Trimbom-Köln und der händliche Kommissar für die Generalversammlungen, Graf zu Droste-Bischoff, eingetroffen. Erzbischof Dr. Koerber-Freiburg wird morgen Vormittag hier eintreffen und am Nachmittag den Festzug der katholischen Arbeitervereine an sich vorbeipassieren lassen, wobei dem Kirchenfürsten eine Ovation ausgedacht ist. Von dem Kardinal-Erzbischof Dr. Kopp und dem Erzbischof Dr. Hubert Wof-Köln, in dessen Erzdiözese der letzte Katholikentag stattfand, liegen längere Begleichungsreiben vor, ebenso von den Erzbischöfen, Bez. Bischöfen von Bänden-Freising, Mainz, Würzburg, Köln, Fulda, Trier, Posen, Bamberg, Belpin und Breslau. Auch der österreichische Kardinal-Erzbischof Dr. Gruscha-Wien und die Erzbischöfe von Prag und Salzburg haben solche Begleichungsreiben geschickt.

Die Anträge zum Katholikentag sind, wie alljährlich, in ungemein großer Zahl eingegangen. Die Beratung und Beschlußfassung darüber wird jedoch diesmal unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgen, sobald man sich über die Art der Schlußfolgerungen einig ist, als was die offiziöse Centrums-Parlaments-Korrespondenz darüber mitzuteilen für gut befinden wird. In erster Stelle steht wiederum der Antrag zur Papstfrage, den sämtliche Abgeordnete des Centrums unterzeichnet haben und in welchem die alte Forderung auf Wiederherstellung der vollen Unabhängigkeit des Papstes gefordert wird. Nach ihm vor, so heißt es in der Begründung, befindet Papst Leo XIII. sich in einer, seiner erhabenen Mission durchaus unwürdigen Gefangenschaft und dieser Zustand müßte jedem Katholiken als unerträglich erscheinen. Die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes liege aber nicht nur im Interesse der katholischen Kirche, sondern auch im Interesse der ganzen übrigen Welt. Denn der Papst sei die höchste Friedensinstanz der Welt und daher in erster Linie geeignet, als Schlichter bei den Interessenkonflikten der Völker und Staaten zu wirken. Deshalb erhebe der Katholikentag erneut Einspruch gegen die Lage des hl. Stuhles seit dem Jahre 1870. Gleichzeitig wird des verflochtenen Jubiläumjahres gedacht.

Ein weiterer umfangreicher Antrag betrifft die Wiedergulassung der Jesuiten. Es wird darauf hingewiesen, daß der Reichstag in seiner Mehrheit wiederholt für die Aufhebung des Verbots der Ordensniederlassungen eingetreten sei und daß es nur an dem Bundesrat liege, daß das katholische Volk der Segnungen der freien und ungehinderten Tätigkeit der Jesuitenmissionen blühen noch nicht wieder theilhaftig geworden sei. Die Abgeordneten werden daher gebeten, auch in der neuen Reichstagsession wieder für die Aufhebung des dahingehenden Beschlusses einzutreten.

Von dem Fürsten zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg liegt der Antrag auf erneute Stellungnahme gegen das Duell und die Unterjüngung der von dem Antragsteller und seinen Freunden im vorigen Jahre in Leipzig gegründeten „Anti-Duell-Liga“ vor. In der Begründung wird aus-

Neues über die Flucht des Prinzen von Preußen 1848.

Ueber die Flucht des Prinzen von Preußen in den Mäntagen 1848 beginnt Professor Wilhelm Duden (Gießen) in „Volks- und Wäntags Monatschriften“ eine Artikelreihe, in der er schon bekannte Aufzeichnungen von Augenzeugen zum ersten Mal in Zusammenhang bringt und die Aufnahmen eines neuen Zeugen veröffentlicht, die besonders wertvoll sind, weil sie aus der eigenen Umgebung des Prinzen stammen. Es handelt sich um die Erinnerungen der am 8. Dezember 1899 gestorbenen Gräfin Louise von Orlova, die diese selbst Duden im Jahre 1898 mittheilte. Gräfin Orlova war am 10. März 1848 aus Warschau der Prinzessin Eugenia von Preußen als Hofdame bei deren Hof eingetreten. Sie erzählte zunächst die Ereignisse des 18. und 19. März. Als sich die Nachricht vom Wäntag der Truppen verbreitete, erregte sie allgemeinen Schrecken im Schloß und schien ganz unfaßbar. „Es steht noch klar vor mir“, heißt es in der Erzählung der Gräfin, „wie der König in ein Zimmer draußtrat, in dem ich mich gerade befand und laut ausbrach: „Diesen Befehl habe ich nicht gegeben. Der Befehl, den ich gegeben war, daß die Truppen den Barricaden und Plätzen, die sich ergeben hatten, zurückzuziehen sollten, nicht anders.“ Als nun die Barricadenkämpfer als Sieger ausstritten und die Freilassung der im Schloße gefangenen Gefangenen des vorigen Tages und die Entfernung des Militärs, dagegen Ausbreitung von Waffen an das Volk verlangten, warf der Prinz von Preußen, wie der Gräfin erzählte wurde, bei diesen Mittheilungen in tiefer Erregung seinen Regen auf den Tisch mit der Bemerkung, „da könne man nicht mehr Ehen dienen“. Die Gräfin Orlova berichtete weiter, wie die Menge die Auslieferung des Prinzen von Preußen forderte und wie dieser zum König berufen wurde. Eine schwüle Stille herrschte unter uns. Als der Prinz zurückkam, tenderte er sich langsam an die Prinzessin: „Der König wünscht, daß Sie das Schloß verlassen.“ Zum Schluß des Abends konnte der Prinz nicht beitragen, da sich der Volks- schau unter den überausenden Umständen besonders gegen ihn gerichtet

hatte und durch seine Anwesenheit die Lage des Königs nur erschweren konnte, anstatt ihm nützlich zu sein.“ Durch eine Seitentreppe verließen der Prinz, die Prinzessin und die Gräfinen Gande und Orlova das Schloß. Auch hier sammelte es von Menschen, und der Prinz war in Gefahr, erkannt zu werden. Da führte die letzte Equipage des Prinzen, des einstigen Adjutanten Wänters, vorüber, und der Wänter, der den Prinzen nach einem Wagen suchen sah und die Gefährlichkeit der Lage erkannte, ersuchte die Bedienten, in seinen Wagen zu steigen; dann lenkte er aus dem Wäntersgeheiß hinaus und fuhr ohne Störung die Linden Allee nach dem Brandenburger Thor. Die Straße war leer und still. Auf der Fahrt fragte der Prinz: „Woher?“ Die Gräfin Gande antwortete: „Zum Geheimrat Schöning.“ Die Ereignisse im Hause des Lehrers wurden vor einigen Jahren von der Tochter Alexandra von Schöning erzählt. Danach zog der Prinz der Gidillleider an und fuhr in einem Wagen, auf dessen Außenseite sich der Regierungsrath von Schöning als Kammerdiener schwarz, nach Spandau. Aus der Gräfin Orlova begleitete das prinzipale Paar; wir hatten nicht mit uns als das Pferd, mit dem wir früh Morgens das Schloß verlassen hatten.“ sagte die Gräfin. In dieser Nacht kam der Wagen vor Spandau an. Der Prinz lag vor einem kleinen Gasthause, um erst selber nach der Gidillleide hinauszufahren und dann die Damen mit dem Wagen nachkommen zu lassen, was noch in den letzten Nachstunden geschah. Auf der Gidillleide blieben die Herrschaften den ganzen Tag des 20. März und erst in der Nacht zum 21. wurde die weitere Flucht nach der Fraueninsel angetreten. „Ungelänglich“, sagte die Gräfin Orlova. „Mit der Augenblick, als die aus Berlin ausgewiesenen Truppen in Auflösung und ohne Waffen eintrafen, und der Prinz seine Garderegimenter also ankommen sah, von dem Hauptmann der Gidillleide aus, von wo er sich den Soldaten nicht zeigen durfte. Er zog sich vom Fenster zurück, und Alexandra rannen aber sein Ansehen.“ Unter diesen hatte sich die Nachricht verbreitet, daß der Prinz von Preußen in Spandau seine Flucht gefunden, und dies hatte genügt, eine Volksversammlung dahin anzuordnen, um die Auslieferung des Prinzen zu fordern. Da zur Verhütung der Gemüther sowie zur

Sicherheit der Lage des Königs jede neue Aufregung zu vermeiden war, mußte sich der Prinz auf ein Zeitlang in das Ausland begeben. In der nächsten Nacht entkam er unbemerkt. Zwei Offiziere der Gidillleide besaßen einen Wänter, einen sogenannten „Beckenverläufer“. Dieser wurde auf den Wäntern zuverlässiger Artilleristen an das der Fraueninsel gegenüber liegende Meer getragen; während der Wänter, nach dem Rache als Kutscher verkleidet, einen geschlossenen Wagen nach der Gidillleide fuhr, in welcher der Prinz, die Prinzessin, meine Wänter und die Kammerfrau eintrafen und mit dem Wänter durch die Stadt Spandau hindurch bis zu dem Punkte fuhr, wo das Boot und erwartete. Während wir die Straßen durchzogen, konnten wir den Lärm der Volksversammlung vom Marktplatz her vernahmen, wo der Demolator Jung eine Rede hielt. Unbemerkt fuhr der Wänter aus der Stadt.“ Eine andere Nacht des wundervollen Wänters begann die Flucht. Und auch die Ueberfahrt nach der Fraueninsel ging leicht von statten. In guten Hämern des Gidillleide fanden die Prinzessin und die Gräfin nach zwei schlaflosen Nächten Ruhe. Bald erhielt der Prinz die Ordre des Königs, der Königin Victoria einen Bericht über die Vorgänge in Berlin zu erstatten, sobald er also einen Auftrag hatte, sich ins Ausland zu begeben. Während die Prinzessin mit der Gräfin Orlova sich in das Schloß nach Potsdam begeben sollte, schickte sich der Prinz zur Wänter am folgenden Tage. „Dieser folgende Tag“, erzählte die Gräfin, „war der Wänter des Prinzen. Wie freudig ist dieser Tag, der 22. März, nachmals als Wänter gefeiert worden: Dieser Wänter war nicht gleich einem Fest zu feiern. Um wenigstens einen minder trüben Eindruck herbeizurufen, ließ ich mir aus dem Garten einen Strauß der ersten Frühlingsschnecken bringen. Die freundliche Gidillleide borgte mir ein buntes Kleid (denn ich hatte immer noch das Hofrautkleid von Berlin her an), das auf volle tündliche Formen berechnet war, und in dieser Verkleidung trat ich vor den Prinzen, um meinen Glückwunsch und mein Straußchen darzubringen, das einzige, glückliche Ich, an diesem Tage.“

geführt, daß das Duell im Widerspruch mit Vernunft, Gewissen, Zivilisation und dem Wohle des Staates stehe. In der Debatte über diesen Antrag wird gewissermaßen der Fall Hildebrandt eine große Rolle spielen. Auch das Schwimmbäder-Kaiser-Telegramm wird entweder bei Gelegenheit der Debatte über die zur Unterstützung der katholischen Kunst vorliegenden Anträge oder aber in dem Referat der zweiten öffentlichen Versammlung über „Katholizismus und Kunst“ eine Rolle spielen. Als Medner für dieses Thema wird der Reichs- und Landtagsabgeordnete, Rechtsanwalt und Domkapitular Dr. Schäbler-Pamberg genannt, der an der Ablehnung der 100 000 Mark-Forderung im bayerischen Landtage mitgewirkt hat.

Auch die Anti-Alkohol-Bewegung, welche neuerdings eine kräftige Förderung durch das Eingreifen des konservativen Grafen Douglas erfahren hat, wird in einem Antrage des Meisters Dr. Neumann-Hornet zum Gegenstande der Verhandlungen gemacht, desgleichen die Bekämpfung der Unsitlichkeit, in welchem Kampfe noch immer der Abgeordnete Noeren an der Spitze steht. Weitere Anträge betreffen den Zolltarif, die Agrarfrage (Antiquarier Abg. Herold), die Unterstützung der katholischen Arbeitervereine, die Schulfrage, die Wahlen und die parteiische Presse, gegen die wiederum in scharfen Worten Stellung genommen wird. Ferner wird der Charitasbewegung, der französischen Congregationen, der Unterstützung der katholischen Auswanderer und der katholischen Presse und Literatur gedacht. Schließlich beschäftigt sich ein Antrag noch mit der Unterstützung der Windthorst-Vereine, welche den Zweck haben, katholische Vereins- und Versammlungsvereine, rechte Wahlvereine heranzubilden.

Die Zusammensetzung des Präsidiums für den Katholikentag und die Frage, wer Rammelsberg die Generalversammlung begrüßen wird, erledigt sich nunmehr dadurch, daß der Vizepräsident der „Katholischen Volkzeitung“ Dr. Garbanns, der schon einer früheren Generalversammlung präsiert hat, den Vorsitz übernehmen wird. Die darin liegende Ehre gilt auch der Stadt Köln mit, in deren Mauern nächstes Jahr die Jubiläumssammlung des 50. Katholikentages stattfinden wird. Die amtliche Begrüßung wird an Stelle des in Urlaub befindlichen Oberbürgermeisters Bürgermeister Martin ausfallen. Die morgige Generalversammlung der katholischen Arbeitervereine wird mit Rücksicht auf den zu erwartenden Andrang in nicht weniger als vier verschiedenen Lokalen abgehalten werden. Als Medner sind vorgesehene: Dr. Schäbler-Pamberg, Arbeitersekretär Giesberts W. Glöckner, Rechtsanwalt Dr. W. K. Schmitt-Wahlg, Dr. Westmann-Freiburg i. Br., Vater Bonaventura-Krag (Domikaner), Arbeitersekretär Reinhardt, Vater Kuzacher (Kapuziner) und Rechtsanwalt Dr. Schmitt-Wahlg.

Das Postamt des Katholikentages hat einen eigenen amtlichen Poststempel mit der Aufschrift: „Katholikentag Mannheim 1902“ erhalten.

Wirtschaftliche Wochenchau.

Während im vorigen Jahre die gewerbliche Krise hauptsächlich in der starken Ueberproduktion und einem scharfen Rückgang der Nachfrage zum Ausdruck kam, läßt dieses Jahr für zahlreiche Betriebe den Ernst der Situation in den wachsenden finanziellen Schwierigkeiten zu Tage treten. Für industrielle Betriebe ist nicht nur kein Kapital vorhanden, die Banken haben auch ihren gewöhnlichen Kundenkreis die Kredite vielfach verkürzt und zeigen keine Neigung, den um ihre Kreditkämpfenden Betrieben beizustehen. So geht die Kreditkrise in ihrer jetzigen Form voraussichtlich ihre Auflösung entgegen, da sie kaum noch Mittel aufzutreiben vermag, um ihren Verbindlichkeiten nachzukommen. Der Betrieb ist zwar nicht, wie erst gemeldet, eingestellt, wohl aber stark reduziert. Wenn auch augenblicklich noch keine Richtung hin der Arbeitsmarktes wesentliche Veränderungen eintreten, vielmehr erfreuliche und unerfreuliche Symptome gleich gewichtig einander gegenüberstehen, so bleibt das Gepräge im Allgemeinen doch recht matt.

Im Bergbau kommen vereinzelt noch immer Entlassungen vor; in der Rastindustrie sind sie sogar umfangreich. Auch Hüttenbetriebe müssen noch viel verfahren werden. Wie ungünstig deswegen die Lage für den Arbeiter ist, geht daraus hervor, daß in Albstadt eine größere Anzahl Bergarbeiter wegen der vielen Hüttenbetriebe auf den beiden Schächten der dortigen Zeche gekündigt hat. Im Eisengewerbe und den weiterverarbeitenden Industriezweigen bleibt die Arbeit äußerst knapp. Daß die Eisenbahnverwaltung Volkshauskassen verwenden will und an die Waggonfabriken einen Auftrag von 100 Eisenbahnwagen für D-Züge vergeben hat, wurde als eine kleine Besserung für den Beschäftigungsgrad mancher Werke heifällig aufgenommen. Das Textilgewerbe zeigt eine weitere Ausdehnung der Betriebsbeschränkungen. Wenn auch bisher nur die Baumwollspinnerei davon betroffen wird, so mindert doch der ungünstige Geschäftsgang in diesem Zweige des Gewerbes die Arbeitsgelegenheit in der gesamten Textilindustrie herab: das Angebot der Arbeiter ist wieder im Steigen begriffen. Das gegenwärtige Bild liefert uns dagegen augenblicklich das Baugewerbe. Hier ist der Beschäftigungsgrad vielfach still. Die günstige Situation würde noch besser ausgenutzt werden können, wenn nicht da und dort Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern eintreten würden, die zu Arbeitsstörungen führen. So sind in verschiedenen Orten des Rheinlandes, namentlich in Köln, die Bauarbeiter im Auslande begriffen. Die Differenzen resultieren in der Hauptsache daraus, daß die Arbeitgeber die Gehaltssteigerungen der Bauern möglichst herabzumindern suchen müssen und darum auch an den Löhnen sparen möchten, wobei sie auf erheblichen Widerstand bei den Arbeitern stoßen.

Ergaben die kleinen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt im Allgemeinen keine ausgesprochene Tendenz, so wird doch gegenwärtig die Lebenshaltung der Arbeiter von anderer Seite her bedroht. Einige Lebensmittel stiegen an, im Preise ganz erheblich zu steigen. In erster Linie haben sich sämtliche Fleischsorten verteuert. Zu Anfang des Jahres hatten die Schweinefleischpreise eine den Konsum beeinträchtigende Höhe erreicht; jetzt ist auch Rind- und Hammelfleisch so teuer geworden, daß der Arbeiterhaushalt sich im Fleischverbrauch einschränken muß. Weiter ist im Großhandel ganz plötzlich eine merkliche Steigerung des Kaffeepreises eingetreten, und endlich hat das Zuckertariff den Preis für Raffinadezucker hinaufgesetzt. In der gegenwärtigen Zeit der niedrigen Verdienste muß eine Steigerung der Warenpreise überaus empfindlich auf die Qualität der Volksernährung einwirken.

Der Fall Hildebrandt.

(Von unserm Korrespondenten.)

(M. Berlin, 22. August.)

Einen an politischem Stoff so reichen Sommer, wie den jetzigen, haben wir selten gehabt. Statt der Hitze zu schmelzen,

friert man und trinkt Wunsch; statt nach Stoff zu seufzen, können sich die Journalisten in der Zeit der sauren Bärte nicht bewähren. Besonders drei „Häute“ haben seit Wochen reiches und viel Material zum Paradiesband aus höchst willkommenen Material zu Betrachtungen geboten. Da war zuerst der „Fall Hildebrandt“, der mindestens zu einer Fehde zwischen dem Finanzminister und dem pensionierten Geheimrat geführt hat. Man glaubt vielfach, daß über ihn Herr von Rheinbaben stolpern könnte. Jedenfalls wird er zu scharfen Auseinandersetzungen im Abgeordnetenhaus führen. Dazu kam dann die Veröffentlichung der Depeschen zwischen dem Kaiser und dem bayerischen Prinzregenten. Daß diese Veröffentlichung auf direkten Befehl des Kaisers erfolgt ist, obgleich der Prinzregent die Publikation nicht wünschte und Graf Bülow ihr indirekt wenigstens widerstand, hat ein Münchener sozialdemokratisches Blatt behauptet und die literarische „Germania“ bestätigt. Bei den Beziehungen beider Blätter kann man ihnen Glauben schenken, und daß die Behauptung des offiziellen Telegraphenbureaus, es habe die Meldung aus München erhalten, falsch war, ist schon festgestellt. Nun hat zwar der „Reichsanzeiger“ nichts darüber gebracht und Graf Bülow hat selber erklärt, er lasse im Reichstage kaiserliche Auktionen nicht besprechen, wenn sie im „Reichsanzeiger“ gestanden hätten. Für ihn sind sie andernfalls nicht vorhanden. Aber der Reichstag braucht sich an diese Auslegung seiner Geschäftsordnung nicht zu kehren, und es ist auch ganz sicher, daß es äußerst scharfe und ziemlich Debatten ob der Depeschen im Reichstage geben wird. Auch die konstitutionelle Frage, wer dem Wolffschen Telegraphen-Bureau solche Publikationen befähigen dürfe und verantworten müsse, wird dabei angeschnitten werden, und Graf Bülow wird einen sehr schweren Stand haben. Schon haben einzelne Blätter erklärt, er müsse gehen, wenn er es nicht vorsehen könne, vom Kaiser über wichtigere Rundgebungen zu Rathe gezogen zu werden. Zal nach dieser Vorschrift wäre bei dem impudischen Charakter des Kaisers Graf Bülow längst nicht mehr Reichskanzler. Ob er nicht doch wegen einer solchen Ungenauigkeit trotz aller seiner Geschmeidigkeit vielleicht bald zurücktritt bleibt eine andere Frage. Endlich haben wir drittens den Fall Hildebrandt, der einem Gerücht zufolge den Rücktritt des Kriegsministers v. Goltz herbeiführen wird. Auch er wird sehr scharf besprochen werden. Die gehen also einer ungewöhnlich interessanten und stürmischen Session, sowohl des Reichstages, wie des preussischen Landtages, entgegen.

Die beiden zuerst erwähnten Angelegenheiten sind ja ausgiebig erörtert worden. Ueber die Angelegenheit Hildebrandt aber, deren Schauplatz an sich schon Ihren Besuch zuweist unbekannt sein wird, möchte ich noch Einiges bemerken, da sie sich in doppelter Hinsicht auspricht.

Es wird erinnert sein, daß Oberleutnant Hildebrandt vom 1. Artillerie-Regiment, das in Lutterberg und Gumbinnen garnisoniert, den Infanterie-Leutnant Blaschewitz im Duell erschoss, weil Letzterer, unmittelbar vor seiner Hochzeit, den Kameraden in der Trunkenheit tödlich beleidigt hatte. Der Vorfall hatte ziemlich großen Aufsehen in weitesten Kreisen erregt und in ganz Preußen die größte Entrüstung. Um so mehr war man allgemein bestrebt, als Herr Oberl. Hildebrandt umlangst beantragt ward, nachdem er kaum 7 Monate von der gegen ihn verhängten zwölfjährigen Festungstrafe verbüßt hatte. Diese Begnadigung ist sehr scharf kritisiert worden. Sie hat in Preußen um so mehr bestanden, als man sich dort u. A. recht gut daran erinnert, daß früher ein Assessor, der wegen Verleitung seiner Schwägerin mit einem Offizier sich schoss und den Gegner tödtete, fast seine ganze Strafe absitzen mußte, und weil ferner der Tod von Blaschewitz — möchte dieser auch noch so viel Schuld am Zwietracht gehabt haben — wegen aller Nebenstände besondere Erwägung verurteilte. Auch der Kaiser selbst sollte ja früher erklärt haben, daß das Duell hätte verhindert werden müssen. Dazu paßt die Begnadigung recht schlecht. Die Fortschrittler greifen jetzt bereits das Begnadigungsrecht der Krone an. Natürlich hat das keinen praktischen, politischen Erfolg, aber es dient zur Beobachtung, wobei ihnen die vielen — man könnte behaupten sagen, fast regelmäßigen — Begnadigungen von Schuldeuten, die wegen Mißhandlung verurteilt wurden, zu Hilfe kommen.

Aber mit der Begnadigung allein war es nicht getan. Herr Oberleutnant Hildebrandt ward nach Verden in Hannover versetzt und mußte sich von seinem alten Regiment verabschieden. Er hat das zuerst in Jüterburg, wo er selbst gestanden hatte. Hier gab man ihm das übliche Abschiedsmahl, an dem auch die beiden Brigadekommandanten teilnahmen. Alles verlief in durchaus ruhiger, angemessener Weise. Es wurden feierliche Reden gehalten, Gesang und Musik fehlten. Zwei Tage später, am 9. August, folgte das Abschiedsessen bei der Abtheilung in Gumbinnen. Hier verlief Alles leider ganz anders. Die Herren sollten sehr feil gewesen sein. Abends nach 9 Uhr reiste Herr Oberl. Hildebrandt wieder ab. Zum Bahnhof brachten ihn Kameraden in dieselpännigen Wagen. Voran jogten ein Spitzenteller und bereitete Artilleristen, Rauschschäufeln, und hinter den Wagen wieder bereitete Soldaten — angeblich sollten auch Dragoner sich dazwischen befinden haben — alle in voller Parade-Uniform, mit Helm und Haarbüsch. So ging es in schönstem Tempo dicht am Kirchhof vorbei, auf dem Ventmann Blaschewitz beerdigt ist.

Dieser Aufzug hat in Gumbinnen eine solche Erregung erregt, daß seitdem verschiedene Bürger demonstrativ gleichfalls dieselpännig durch die Straßen führen. Man hat in der Stadt, in deren Nähe der alte Pfarrer Blaschewitz wohnte, ja, in der ganzen Provinz und weit darüber hinaus dieses militärische Ehrengeleit als eine drückende Herabsetzung der öffentlichen Meinung, als einen Schlag ins Gesicht empfunden. In den Garnisonsstädten des Ostens, wo bei ihrer Gelegenheit und den sonstigen Verhältnissen Grog und Wein eine weit größere Rolle als anderswärts spielen, ist man wahrlich geneigt, über Alkoholtrunk und tolle Streiche mit zu urtheilen. Daß aber eine „betrunkenen Geschichte“ den Tod eines jungen, hoffnungsvollen Offiziers verschuldet hatte, war doch allgemein als empörend empfunden worden. Und nun diese Demonstration der Offiziere. Die Erregung ist unbeschreiblich.

Auch rein militärisch ist die Sache ganz unbegreiflich. Man meint vielfach, es sei damit zugleich dem Groß über die Verabschiedung des beliebigen Generalleutnants von Allen Kuchend verfahren worden, aber das klingt höchst unwahrscheinlich und würde auch an der Sache nichts ändern. Es liegt eine Demonstration gegen die öffentliche Meinung und gegen die vom Kaiser

ausgesprochene Mißbilligung des Duells vor, wie sie sich immer nicht gedacht werden kann. Dazu kommt nun die rein militärische Seite der Frage. Der Gumbinner Generalmajor hatte an dem Falle nicht theilgenommen. Wer hat nun aber die Anlegung der 1. Garnitur, der Parade-Uniform, angeordnet, die auf der Kammer liegt? Wer hat die Begleitmannschaften ausgesucht und ihnen befohlen, als Ehrengeleit vor und hinter den Wagen zu reiten? Ein dienstlicher Befehl muß erteilt worden sein! Der Regimentskommandeur soll bereits eine strenge Untersuchung angeordnet haben. Allem Anscheine nach ist gegen § 144 des Militär-Strafgesetzbuches gehandelt worden, der es verbietet, die Dienstgewalt zu Streikgewalt zu mißbrauchen. Verstöße werden kriegsgerichtlich geahndet. Es muß nun nach dem Geseh das Ermittlungsverfahren erfolgen und das ist wohl schon eingeleitet. An dem Ausgang der Angelegenheit hat die Öffentlichkeit ein sehr lebhaftes Interesse, und es ist dringend zu wünschen, daß nicht Alles als Amtsgeheimnis behandelt wird.

Für die beteiligten Offiziere und besonders für denjenigen, der etwa seine Dienstgewalt mißbraucht, wird der Vorfall ungewissheit eine sehr böses Nachspiel haben, denn es ist militärisch einfach unerhört. Politisch aber wird jetzt wieder im Parlament die ganze Frage der Duell- und der Begnadigungen angeschnitten und von künftiger Seite wohllich ausgenutzt werden. Dies und die Verschärfung der Beziehungen zwischen Heer und Bürgerschaft sind das traurigste bei dem Ereignis. So deuten für die nächste Parlamentssession alle Wetterzeichen auf Sturm.

Deutsches Reich.

[] Berlin, 22. Aug. (In erfreulicher Entwicklung) begriffen ist der Reichs-Verband der Vereine der nationalliberalen Jugend. Es zeigt sich mehr und mehr, daß der Gedanke, eifriger als bisher dafür Sorge zu tragen, die Jugend der nationalen und liberalen Idee zu sichern, fruchtbaren Boden gefunden hat. Der erste Verbandstag der Vereine der nationalliberalen Jugend wird am Sonntag, den 14. September 1902, in Düsseldorf abgehalten, und zwar im großen Saale der Tonhalle, Vormittags 10½ Uhr. Der Vorsitzende des Reichsverbandes Dr. Hermann Fischer-Röhl wird über Zweck und Ziele der Jugendbewegung sprechen. Dann folgt ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Hieber über die sozialpolitischen Aufgaben des Reiches und die nationalliberale Partei. Es ist zu wünschen und zu erwarten, daß der Verbandstag eine rege Theilnahme findet.

— (Der gute Geschäftsgang der Dehlmühle) ist aus den ersten Bild in der gegenwärtigen Zeit der Krise eine abnorme Erscheinung. Aber er hängt eng mit der Krise zusammen und ist eine direkte Folge derselben. Die schlechten Verhältnisse haben das Einkommen der arbeitenden Bevölkerung so gesunken, daß der Arbeiterhaushalt so billig wie nur möglich wirtschaften muß. Ramentisch nimmt unter diesen Umständen die Verwendung billiger Erbsenmittel zu; so tritt auch an Stelle der Butter Margarine. Schon im vorigen Jahre hat diese Veränderung im Arbeiterhaushalt die Dehlmühle günstig beeinflusst. Der Gewerbeinspektor für Wiesbaden weist in seinem Bericht für 1901 ausdrücklich auf diese bemerkenswerthe Thatsache hin, indem er schreibt: „Kaffastellen günstig war der Geschäftsgang der Dehlmühle, welche den an sie gestellten Forderungen nicht genügen konnten. Nach Ansicht der betreffenden Kreise ist das aber nur ein Zeichen der ungünstigen geordneten Lebenshaltung der Bevölkerung, da die Nachfrage nach Öl durch den stärkeren Verbrauch von Margarine veranlaßt wird.“ Da die Geschäftslage der Dehlmühle in diesem Jahre weiter überaus günstig bleibt, so ist voraus auf das Niveau der Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung kein erfreulicher Schluß zu ziehen.

Aus Stadt und Land.

* Mannheim, 23. August 1902.

Stand der Saaten im Großherzogthum.

Mitte August 1902.

Mittheilung vom Großh. Statistischen Landesamt.

Die Getreibernte ist, trotz der Winterfrühe anlangt, in der Hauptsache in gutem Zustand unter Dach gebracht. Allerdings wurde die Einschneuerung durch beständiges Wetter vielfach verzögert; auch haben schwere, mit Hagel vermischte Sommerregen in den letzten Tagen des Juli und in den ersten des August die und da der Frucht nicht unbedeutend geschadet. Die Nachrichten über den Mäherertrag lauten vorläufig noch recht verschieden und, da noch wenig Ernteegebnisse vorliegen, unbestimmt. Doch scheinen im Allgemeinen die Erwartungen, sowohl bezüglich der Weizen- als der Erbsenernte, meist erfüllt und nicht selten sogar übertraffen worden zu sein. Aus einigen Bezirken kommen Klagen über das Vorhandensein des Brand, namentlich beim Weizen; ferner wird mehrfach das Ueberhandnehmen der Feldmäuse gemeldet.

Die Sommerfrüchte, die unter der gleichen Ungunst der Witterung zu leiden hatten, werden bei der seit einigen Tagen herrschenden wärmeren und beschleunigten Witterung auch bald vollends zur Auberntung gelangt sein. Der Hafer, für den allein noch eine Saatensandnote festzustellen möglich war, hat im Ganzen die gleiche Beurteilung erfahren wie im Vormonat.

Das Weiche gilt von den Kartoffeln, die übrigens nach den eingelaufenen Berichten in einigen Bezirken des mittleren Schwarzwalds unter der anhaltenden Kälte leiden und bereits absterben, während in der mittleren und nördlichen Rheinebene über Trockenheit geklagt wird, durch welche das Wachsthum gehemmt wurde.

Den Weizen- und Roggenfeldern, sowie den Getreidearten in vielen Bezirken die Niederschläge der letzten Zeit an meiste zu Statten gekommen zu sein; infolgedessen werden Ausichten auf einen reichlichen Landertrag häufiger geäußert. Aus mehreren Bezirken wird das Vorhandensein des schädlichen Kleeblattes (Kleeblatt) gemeldet; ebenso schädigen die Feldmäuse mancherorts die Kleesäcker.

Der Stand des Tabaks ist sehr verschieden. Sein Wachsthum hat fast allenthalben infolge der frühen und meist regnerischen Witterung nur langsam Fortschritte gemacht und ist marmes, trockenes Wetter für seine Entfaltung sehr nachtheilig. In einigen Bezirken hat auch Hagelschlag die Tabakfelder mehr oder weniger stark beschädigt.

Der Hopfen hat gegen den Vormonat abermals eine glücklichere Beurteilung erfahren; sein Stand ist etwas über gewöhnlich gut. Da keinerlei Meldungen von Krankheiten u. dergl. vorliegen, darf eine befriedigende Ernte erhofft werden.

Die Nachrichten über die Aebeln lauten aus 8 Bezirken von 58 gut; von den übrigen Bezirken bezeichnet die eine Hälfte den Stand als mittel, die andere Hälfte als unter mittel, gering und sehr gering.

RECEIVED, 1 6, 50.

